

**Zeitschrift:** Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie  
**Herausgeber:** Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel  
**Band:** 24 (1983)  
**Heft:** 2-3

**Artikel:** Altstadt Kleinbasel : Stadterneuerung und Lebensqualität : Ergebnisse eines Stadtgeographischen Geländepraktikums  
**Autor:** Lötscher, Lienhard  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1088837>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ALTSTADT KLEINBASEL: STADTERNEUERUNG UND LEBENSQUALITÄT

## ERGEBNISSE EINES STADT GEOGRAPHISCHEN GELÄNDEPRAKTIKUMS

LIENHARD LÖTSCHER

### 1 Zielsetzung und Arbeitskonzept

Die humangeographischen Geländepraktika des Basler Institutes befassten sich in den letzten Jahren stets mit Fragen der *“Transformation des gegenwärtigen Lebensraumes“* (Gallusser 1971, 175). Ausgangspunkt stadtgeographischer Praktika bildeten jeweils *“relevante Probleme“*, wie sie sich für die Bevölkerung in der alltäglichen Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt ergeben. Damit wird versucht, direkt zum Verständnis und zur Lösung aktueller Probleme beizutragen.

Geländepraktika sind aber in erster Linie *didaktische Veranstaltungen*, in denen die Teilnehmer im Rahmen eines Projektkurses mit Fragestellungen und verschiedenen Methoden humangeographischer Feldarbeit vertraut gemacht werden<sup>1</sup>. Das Erzielen von *“verwertbaren Resultaten“* ist somit kein zentrales Anliegen des Praktikums. Wenn die Untersuchungen aber zu gesicherten Ergebnissen führen, die von öffentlichem Interesse sind, sollten sie unseres Erachtens interessierten Kreisen auch zugänglich gemacht werden.

Im Hinblick auf die bevorstehende *Abstimmung zur künftigen Gestaltung und Nutzung des Kasernenareals*<sup>2</sup> dürften die Ergebnisse des Geländepraktikums von Interesse sein, das wir im Juli 1982 in der Altstadt Kleinbasel durchgeführt haben. Dieser aktuelle Gesichtspunkt ist denn auch der Anlass, einen Teil der Ergebnisse einem breiteren Publikum vorzustellen.

Gemäss dem Lehrplan war der Projektkurs in das im Sommersemester durchzuführende Semesterpraktikum und in das daran anschliessende Geländepraktikum zu gliedern. Zu Beginn des *Semesterpraktikums* wurde das Rahmenthema *“Stadterneuerung und lebensräumliche Qualität in der Basler Altstadt“* aufgrund der Vorkenntnisse und Alltagserfahrungen der Teilnehmer in verschiedene Problembereiche gegliedert, deren Auswirkungen auf die lebensräumliche Qualität diskutiert und Arbeits-hypothesen formuliert:

Problembereich	Effekte (Arbeitshypothesen)
– Expansion der <i>“City“</i>	– Verdrängung von (billigem) Wohnraum – Reduktion der kleinräumigen funktionalen Durchmischung, Zunahme grösserer monofunktional genutzter Parzellen
– Expansion der <i>“Gass“</i>	– Nachtlärm – Belästigung durch Freier und Zecher

---

Dr. Lienhard Lötscher, Geographisches Institut der Universität Basel, Klingelbergstr. 16, 4056 Basel

- Erneuerung der Bausubstanz
- Künftige Nutzung des Kasernenareals
- Hinterhöfe (Nutzungskonflikte)
- Verdrängung von (billigem) Wohnraum
- "Gentrification"
- Chance zur Verbesserung des Wohnumfeldes
- Partizipation der Anwohner oder "Sachzwänge"
- Parkplätze oder Grün-Nische
- Eigeninitiative der Anwohner

Die Form des Projektkurses erlaubte nun, unterschiedliche Methoden zur Überprüfung der Arbeitshypothesen zu diskutieren, verschiedene Instrumente zu erarbeiten und in einem Testgebiet der Altstadt zu erproben, wobei auch Auswertung und Darstellung der erhobenen Daten eingeübt wurden.

Für das *Geländepraktikum* wurde das statistische Wohnviertel Altstadt Kleinbasel gewählt, das der einst ummauerten Stadt entspricht. Wie die Voruntersuchungen des Semesterpraktikums zeigten, waren zur Prüfung der Arbeitshypothesen einige der Erhebungen flächendeckend durchzuführen. Entsprechend dem didaktischen Prinzip, dass die Praktikumssteilnehmer mit verschiedenen Methoden und Instrumenten vertraut zu machen sind, führte jede Kleingruppe in einem zugewiesenen Teilgebiet eine Nutzungs-, Verkehrssituations- und Bauzustandskartierung durch und ermittelte die Grundbesitzverhältnisse sowie die aktuellen und potentiellen räumlichen Prozesse (d.h. das Auswechseln von Bausubstanz oder Nutzungen). Zusätzlich wurde im Gesamtareal eine Befragung der Bewohner durchgeführt. Die Ergebnisse der einzelnen Erhebungen wurden gemeinsam besprochen und miteinander verglichen. Anschliessend konnten gruppenweise Problembereiche bearbeitet werden, die keine flächendeckenden Erhebungen voraussetzten. Die dem gewählten Thema angemessenen Methoden und Instrumente waren selbständig zu ermitteln. Folgende Themen wurden bearbeitet:

1. Kasernenareal – Chance zur Verbesserung des Wohnumfeldes?
2. Hinterhöfe – Chance zur Verbesserung des Wohnumfeldes?
3. "D'Gass" – Image und Effekte auf die Wohnsituation.

Im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung zur künftigen Gestaltung und Nutzung des Kasernenareals interessiert, wie und für wen das Kasernenareal umgestaltet und durch wen es genutzt werden soll. Diese Fragen dürften unseres Erachtens nur in Kenntnis der lebensräumlichen Situation der direkt betroffenen Bevölkerung beantwortet werden. Mit den nachstehend zusammengefassten Ergebnissen unseres Geländepraktikums soll zum Verständnis der lebensräumlichen Situation in der Altstadt Kleinbasel beigetragen werden.

## 2 Die lebensräumliche Situation

### 21 Probleme der Stadtentwicklung

Die Untersuchung der lebensräumlichen Situation ging von der Hypothese aus, dass sich jede "lebendige" Stadt zwar weiterentwickeln muss, die Umformung des gegenwärtigen Lebensraumes aber in einer Geschwindigkeit abläuft, die von vielen Bewohnern nicht mehr verkraftet wird. Als Ursache dieser rasch voranschreitenden Umformung gelten die nachstehend beschriebenen Prozesse der Stadtentwicklung.

Die Altstadt Kleinbasel wird zunehmend durch regionale Zentrumsfunktionen, insbesondere der Bereiche Detailhandel, private und öffentliche Dienstleistungen sowie durch den Vergnügungssektor geprägt. Die Expansion dieser publikumsintensiven Funktionen verdrängt weniger profitable Nutzungen, die sich nur noch an relativ ungünstigen Stand-

orten halten können – was, von der Rheinfront abgesehen, vor allem auf die Wohnfunktion zutrifft. Mit dieser Expansion ist der Prozess der “Stadterneuerung”, d.h. Auswechseln oder Renovation der Bausubstanz, verbunden, der oft zu einer Mehrnutzung und damit zu erhöhter Wertschöpfung der Grundstücke führt (vgl. auch IKA 1976, 9). Die Expansion publikumsintensiver Funktionen bedeutet auch zunehmendes Verkehrsaufkommen, das die Bewegungsfreiheit der Fussgänger einschränkt und die Qualität des Wohnumfeldes beeinträchtigt.

Aufgrund der geschilderten Prozesse wurde im Hinblick auf die Altstadtbewohner als weitere Grundhypothese formuliert, dass die weitgehend von technisch-ökonomischen “Sachzwängen” bestimmte Stadtentwicklung durch eine stärker an der Komplexität der Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen orientierte Zielsetzung abgelöst werden sollte.

## 22 Grundbesitzverhältnisse

Unser Interesse an den Grundbesitzverhältnissen ist von der Hypothese abgeleitet, dass der jeweilige Eigentümer (im Rahmen der Zonen- und Bauvorschriften) bestimmen kann, wie sein Grundstück genutzt werden soll. Eine weitere Hypothese lautete, dass Parzellen von Erbgemeinschaften und Privatpersonen, die ihr Grundstück oder Gebäude nicht selbst nutzen, am anfälligsten für Verdrängungsprozesse sind, die durch Expansion der Cityfunktionen ausgelöst werden<sup>3</sup>.

Wie Abb. 1 zeigt, wird die Kleinbasler Altstadt sowohl rheinabwärts (Kasernenareal) als auch rheinaufwärts (Waisenhausareal) von grösseren Parzellenkomplexen der öffentlichen Hand und gemeinnütziger Institutionen (Kirchen) eingefasst. Ein dritter Komplex (Clara-Kirche, BVB, Volkshaus, Arbeitsamt) liegt etwa in der Mitte der Altstadt. Zwischen diesen drei Parzellenkomplexen sind in einem inneren Halbkreis die relativ grossen Parzellen der juristischen Personen und in einem äusseren Halbkreis die (v.a. im Bereich des Oberen Rheinwegs sowie zwischen Lindenbergrasse und Rebgasse) kleinteilig parzellierten Grundstücke der Privatpersonen angeordnet.

Dieser Momentaufnahme ist hinzuzufügen, dass während der letzten 15 Jahre der private Grundbesitz deutlich zurückging, derjenige der Kapitalgesellschaften, Versicherungen und Fürsorgefonds hingegen ebenso deutlich zunahm. Wie Untersuchungen der Interessengemeinschaft Kasernenareal (IKA 1976, 10 f.) zeigen, werden Handänderungen, die zu dieser Umstrukturierung des Grundbesitzes führen, oft durch Erbgänge, aber auch durch eine Verschlechterung der Umweltbedingungen ausgelöst. Da diese Veränderungen oft mit einer Neubautätigkeit gekoppelt sind, bewirken sie eine Verdrängung von preisgünstigem Wohnraum- und – da mehr, aber kleinere Wohnungen erstellt werden – eine starke Zunahme der Mieter-Bevölkerung.

## 23 Nutzungen

Die Kartierung der *Gebäude- und Flächennutzung*<sup>4</sup> zeigt ein ähnliches Bild wie die Besitzverhältnisse der Abb. 1. So wird die Kleinbasler Altstadt rheinauf- und rheinabwärts von Funktionen eingerahmt, die dem öffentlichen Bildungssektor und den öffentlichen Diensten zuzuordnen sind, wobei sich wiederum ein dritter, allerdings kleinerer Komplex, im Zentrum der Altstadt befindet. Zwischen diesen drei Blöcken spannt sich in halb-

kreisförmigem Bogen die Wohnfunktion. Detailhandel und Dienstleistungen bilden entlang der Achsen Greifengasse – Claraplatz und Untere Rebgasse – Rebgasse ein Kreuz. Interessant ist ferner die Funktionsmischung zwischen Wohnen (Hauptnutzung) und Detailhandel oder privaten Dienstleistungen (Nebennutzung im Erdgeschoss oder im ersten Obergeschoss) entlang des ganzen Wohngürtels. Warenhäuser, Bürogebäude und vereinzelt auch öffentliche Dienste durchbrechen als monofunktionale Blöcke das sonst mosaikartige Bild der Funktionalstruktur.

Da zwischen Wohnungsangebot und Bevölkerungsschicht eine gewisse Wechselwirkung besteht, erlaubt eine Kartierung von *Baualter* und *Bauzustand* nicht nur Rückschlüsse auf die Prozessanfälligkeit der Gebäude, sondern auch auf die Wohnsituation und die Sozialstruktur. Altbauten, deren jährliche Verzinsung nicht zur Renovation der Gebäude verwendet wird, sind relativ selten<sup>5</sup>. Allerdings waren noch 1970 rund 1/3 der Wohnungen ohne Bad oder Dusche. Inzwischen sind aber viele Gebäude (zum Teil aufwendig) renoviert oder neu erstellt worden, was sich meist in repräsentativen Fassaden und höheren Mieten äussert. Seit 1970 hat die Zahl der Wohnungen infolge Abbruchs oder Zweckentfremdung<sup>6</sup> abgenommen.

Die statistischen Angaben zur *Wohnungsgrösse* zeigen, dass sich der seit zwei Jahrzehnten anhaltende Trend zur Kleinwohnung in den neu erstellten bzw. renovierten Wohnungen der Nachfrage nach grösseren Wohnungen nur geringfügig angepasst hat. Die Zahl der mittleren und grösseren Wohnungen, den eigentlichen Familienwohnungen, blieb seit 1941 annähernd konstant (vgl. Stat. Jahrb. des Kt. BS 1973, 1980/81).

*Wohndichte*<sup>7</sup> (185,3 Personen/ha) und *Belegungsziffer* (0,88 Personen/Zimmer) wiesen noch 1970 auf beengte Wohnverhältnisse hin. Durch den massiven Bevölkerungsrückgang des letzten Jahrzehnts (40%!), scheint sich die Situation inzwischen gebessert zu haben (1980: 131,3 Personen/ha).

Hohe Wohnungsbelegung und relativ kleine Wohnungs- und Zimmergrössen bedingen eigentlich eine Kompensation im *Wohnumfeld*. Aus den quantitativen Aspekten der Wohndichte geht allerdings nicht hervor, dass das Wohnumfeld, dessen Fläche zur Berechnung der Wohndichte verwendet wird, von den Bewohnern kaum genutzt werden kann. Wie die Kartierung von Flächennutzung und Verkehrssituation zeigte, wird dieser wohnungsnaher Aussenraum fast ausschliesslich von anderen Funktionen wie Arbeiten (Werkstätten und Lager in Hinterhöfen), Versorgen (Detailhandel, Trottoirs und Innenhöfe) und Verkehr (Strassenraum, Parkplätze in Hinterhöfen) beansprucht.

Das Bedürfnis nach einem benutzbaren Wohnumfeld sollte aber nicht nur aus der Sicht bedrängter Wohnverhältnisse gesehen werden. Ältere Kleinbasler erinnern sich, dass das Zusammenleben in der Öffentlichkeit des Wohnumfeldes früher besser funktionierte als heute. Vermehrte Konflikte zwischen den Bewohnern und das verarmte Gemeinschaftsleben im Quartier werden auf die latenten Bedürfnisse und Ansprüche der Bewohner an ihr Wohnumfeld zurückgeführt (IKA 1976, 17).

• Bis zur Ausgestaltung des Rheinwegs als Promenade gab es in der Kleinbasler Altstadt keine öffentlich zugängliche *Grünfläche*. *Spielflächen* für Kinder fehlen aber noch immer. Berücksichtigt man, dass "neue Wohnungen im Gegensatz zu Altwohnungen kleine und

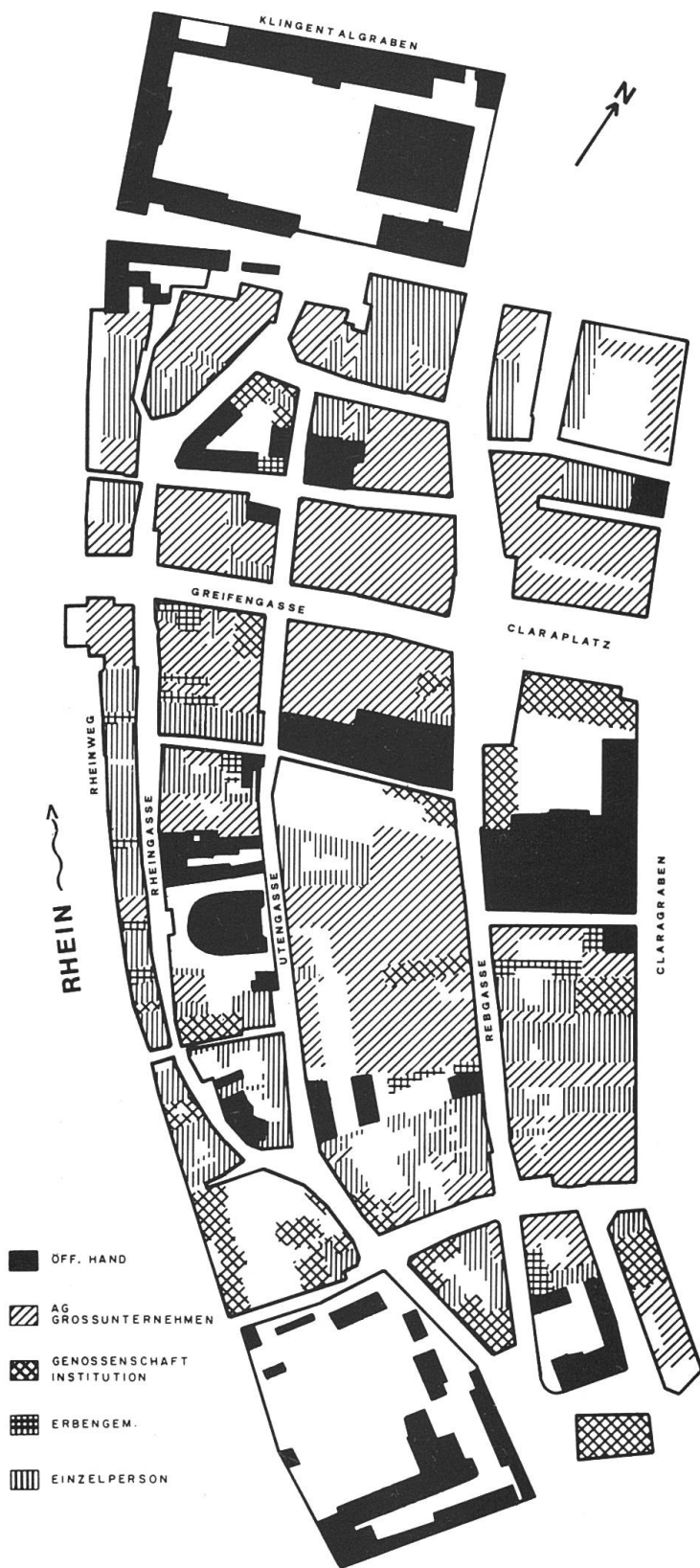


Abb. 1 Die Grundbesitzverhältnisse in der Kleinbasler Altstadt (Reinzeichnung: R. Leu)

kleinste Räume aufweisen“ (IKA 1976, 15), dann wird klar, dass die lebensräumlichen Verhältnisse vor allem Kinder, aber auch Betagte benachteiligen. Kindern wird die Benutzung der Freiräume oft aus Sicherheitsgründen verboten. Können sie sich aber “nur in der Wohnung, d.h. im schlechtesten Fall zwischen Kinderzimmer und Küche bewegen, dann leben diese Kinder in unerträglichen Raumverhältnissen“ (IKA 1976, 16).

## 24 Bevölkerung

Seit 1960 ist die Bevölkerung der Kleinbasler Altstadt von 4485 auf 2694 (1982) zurückgegangen, was einer *Abnahme* von 40% entspricht. Wie die Bilanz der letzten fünf Jahre (1978 - 1982) zeigt, liegt die Mobilitätsquote von 48,9% weit über dem kantonalen Durchschnitt von 34%. Verschiedene Untersuchungen führen die grosse *Mobilität* auf die schlechten Umweltbedingungen des Wohnumfeldes zurück<sup>8</sup>. Die altersspezifischen Wanderungsbilanzen zeigen, dass vor allem jüngere Erwerbstätige und Schweizer Familien mit kleinen Kindern wegziehen. An ihre Stelle treten vermehrt Ausländer<sup>9</sup>.

Im Vergleich zum Kanton ist die *Überalterung* hier besonders hoch. Sie dürfte auch einer der Gründe sein, warum in der Altstadt überdurchschnittlich viele Einpersonen-Haushalte, aber relativ wenig 3- und 4-Personen-Haushalte anzutreffen sind.

Der Anteil der *Berufstätigen*, insbesondere auch der berufstätigen Frauen, an der Gesamtbevölkerung ist hoch. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass bei den Ausländern die meisten Familienangehörigen, ausser Kindern und Betagten, erwerbstätig sind. Obwohl der Arbeitsplatz vieler Bewohner ausserhalb der Altstadt liegt, weist diese wegen des grossen Arbeitsplatzangebotes einen relativ grossen Zupendlerüberschuss aus dem übrigen Kanton wie auch aus der Region auf.

## 3 Beurteilung der lebensräumlichen Situation durch die Bewohner

Eine Untersuchung lebensräumlicher Qualität sollte sich nicht mit dem Aufzeigen von Problembereichen der räumlichen und sozialen Umwelt begnügen, wie sie im vorangehenden Kapitel zusammenfassend dargestellt sind. Geht man davon aus, dass diese Probleme im Interesse der betroffenen Bevölkerung gelöst werden sollten, dann ist es wichtig zu wissen, wie die Bewohner ihre lebensräumliche Situation einschätzen, welche Probleme in ihren Augen vordringlich zu lösen sind und wie sie Massnahmen bewerten, die zur Verbesserung der lebensräumlichen Qualität ergriffen werden. Solche Informationen können nur durch eine Befragung der Bewohner gewonnen werden.

### 31 Organisation und Durchführung der Befragung

Aus didaktischen Überlegungen entschieden wir uns für eine mündliche Befragung (Interview), wobei der standardisierte Fragebogen aus Gründen des Lerneffekts und des Stichprobenumfangs nicht zu lang sein durfte. Bei der Konstruktion des Fragebogens konnte auf das im Semesterpraktikum erarbeitete Muster zurückgegriffen werden. Ausgehend von den eingangs erwähnten Problembereichen (vgl. Kap. 12) wurde ein Hypothesenkatalog gebildet, von dem Fragen zu folgenden Bereichen abgeleitet wurden:

1. Wohnsituation
2. Aktionsraum

3. Verkehr
4. Bewertung der lebensräumlichen Situation
5. Partizipation an Entscheidungsprozessen, die den Lebensraum betreffen.

Aufgrund von Hypothesenkatalog, Irrtumswahrscheinlichkeit und Vertrauensbereich wurde eine Stichprobengrösse von 75 Interviews (5% aller Haushalte) berechnet<sup>10</sup>. Die Interviews wurden nach dem mehrstufigen Verfahren einer Flächenstichprobe ausgewählt. Die zu befragenden Haushalte wurden zunächst schriftlich orientiert. Waren sie nach fünf Anrufen nicht zu erreichen, wurde eine aufgrund des gleichen Stichprobeverfahrens ausgewählte Ersatzadresse ermittelt<sup>11</sup>. Auf diese Weise konnten 72 auswertbare Interviews durchgeführt werden. Die angestrebte Stichprobengrösse wurde somit nur um 4% unterschritten. Eine Nachprüfung ergab, dass Ausländer (v.a. Saisoniers) leicht untervertreten waren<sup>12</sup>. Die Aufarbeitung der Daten erfolgte mit Hilfe des Programmpakets SPSS (Nie et al. 1975) an der Zentralstelle für Elektronische Datenverarbeitung des Kantons Basel-Stadt<sup>13</sup>.

## 32 Ergebnisse der Befragung

### 321 Bevölkerungs- und Sozialstruktur

Die Zusammensetzung der befragten Haushalte spiegelt die einseitige *Haushaltsstruktur* der Altstadt (vgl. Kap. 24): 76% der Haushalte setzten sich aus ein bis zwei Personen und nur 10% aus vier und mehr Personen zusammen. Die durchschnittliche Haushaltsgrösse von 2,0 Personen lag etwas über dem Quartierwert von 1,8 Personen der Volkszählung von 1980. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Einpersonenhaushalte der Ausländer (Saisoniers) in der Stichprobe leicht untervertreten waren<sup>12</sup>.

Auch die *Überalterung* des Quartiers kam deutlich zum Ausdruck: In den 72 befragten Haushalten lebten nur gerade fünf schulpflichtige Kinder und 16 Jugendliche unter 20 Jahren. Hingegen waren 38% der Erwachsenen über 60 Jahre alt. 51% der Befragten waren verheiratet, 26% ledig und alleinstehend, 10% verwitwet und 6% geschieden oder getrennt.

Um den *sozioökonomischen Status* der Haushalte einschätzen zu können, fragten wir nach Einkommen<sup>14</sup> und Beruf. Bei beiden Merkmalen konnten vier Gruppen unterschieden werden:

#### Schichtung nach Einkommen

Monatl. Einkommen in Fr.	
>6000	12,1%
4001 - 6000	18,2%
2500 - 4000	34,8%
<2500	34,9%
	<u>100,0%</u>

#### Schichtung nach beruflicher Stellung

Oberschicht	11%
– Freie Berufe	
– Gr. Selbständige	
– Direktoren, Prof.	
Obere Mittelschicht	20%
– Leitende Angest.	
– Kl. Selbständige	
– Lehrer	
Untere Mittelschicht	25%
– Gelernte Handwerker u. Arbeiter	
– Untere Angestellte	
Grundschicht	44%
– Ungelernte	
– Lehrlinge u. Werkstud.	
– Arbeitslose	
	<u>100%</u>

Auch wenn Einkommensklassen und Berufsschichten nicht direkt verglichen werden können<sup>15</sup>, ist doch ersichtlich, dass die Grundsicht relativ stark vertreten ist. Die Zusammensetzung der Sozialgruppen entspricht etwa der Verteilung, die in einer früheren Studie ermittelt wurde (vgl. IKA 1976, 34). Während die oberen Sozialschichten hauptsächlich am Oberen Rheinweg anzutreffen sind, findet man die Grundsicht an den unwirtlicheren Wohnstandorten, insbesondere in Liegenschaften mit günstigen Mieten. Die soziale Durchmischung hält sich somit in Grenzen. Um genauere Informationen zu erhalten, müsste eine sozialräumliche Gliederung erstellt werden. Dazu reichten die Daten der vorliegenden Stichprobe aber nicht aus.

### 322 Wohnsituation

Bei der *Wohnungsgrösse* fällt auf, dass lediglich 30% der befragten Haushalte in Kleinwohnungen mit 1 - 2 Zimmern, die Hälfte hingegen in mittleren (3 - 4 Zimmer) und 21% sogar in grossen Wohnungen (5 - 9 Zimmer) leben. Wie erwartet, lebte der grösste Teil (71%) der Befragten in *Mietwohnungen*, hingegen nur 3% in Eigentumswohnungen. Rund ein Viertel bewohnte das eigene Haus. Knapp die Hälfte der Befragten wendete weniger als Fr. 500.- für die monatliche *Miete* auf. Da immerhin ein Fünftel der Befragten angaben, in einer grossen Wohnung zu leben, überrascht, dass nur gerade 10% für das Wohnen mehr als monatlich Fr. 1000.- ausgaben. Für immerhin 17% verschlangen die Ausgaben für das Wohnen mehr als einen Viertel des Einkommens.

Zwischen Mietpreis und *Wohnungsausstattung* besteht ein starker statistischer Zusammenhang. 55,6% der Wohnungen haben weder Bad oder Dusche noch Zentralheizung. Dafür sind ihre Mieten günstig (46% unter Fr. 500.-/Mt.). Zudem ist hier die Eigeninitiative der Mieter relativ gross. Mehr als ein Viertel dieser Mieter haben die Wohnung selbst renoviert. Zwei Mieter haben auf eigene Rechnung eine Dusche eingebaut.

Um Anhaltspunkte hinsichtlich *sozialer Kontakte* und *Teilnahme am Quartierleben* zu erhalten, wurde gefragt, ob man die Namen der Nachbarn kenne, bzw. ob jemand Mitglied eines quartieransässigen Vereins sei. Zwei Drittel der Befragten gaben an, mindestens die Hälfte ihrer Nachbarn dem Namen nach zu kennen. Dieses für städtische Verhältnisse überraschend positive Resultat wird verständlicher, wenn man berücksichtigt, dass 71% der Befragten länger als 5 Jahre in ihrer Wohnung lebten und nur gerade 6% im Verlaufe des letzten Jahres neu zugezogen waren. Auf eher ungünstige Voraussetzungen des informellen Zusammenlebens weist hingegen die Tatsache, dass die schulpflichtigen Kinder nie auf der Strasse vor dem Haus oder im Hinterhof spielen.

### 323 Aktionsraum

Wie die Funktionalaufnahme zeigte (vgl. Kap. 23), weist die Kleinbasler Altstadt, abgesehen von Grünflächen, Kinderspielplätzen und gemeinnützigen Einrichtungen, ein breit gefächertes Versorgungsangebot auf. Um zu erfahren, ob und wie die Bewohner dieses Angebot nutzten, waren deren *Aktionsräume* zu ermitteln. Für sieben alltägliche Tätigkeitsbereiche wurde die *Zeitdistanz* zwischen Wohnung und aufgesuchter Örtlichkeit sowie das für den Weg benutzte *Verkehrsmittel* erfragt. Die Ergebnisse sind in Abb. 2 dargestellt<sup>16</sup>.

Die aufgesuchten Örtlichkeiten konnten (ausser zur Naherholung) von *drei Viertel der Befragten* in *weniger als 15 Minuten* erreicht werden, wobei *mehrheitlich zu Fuss* ge-

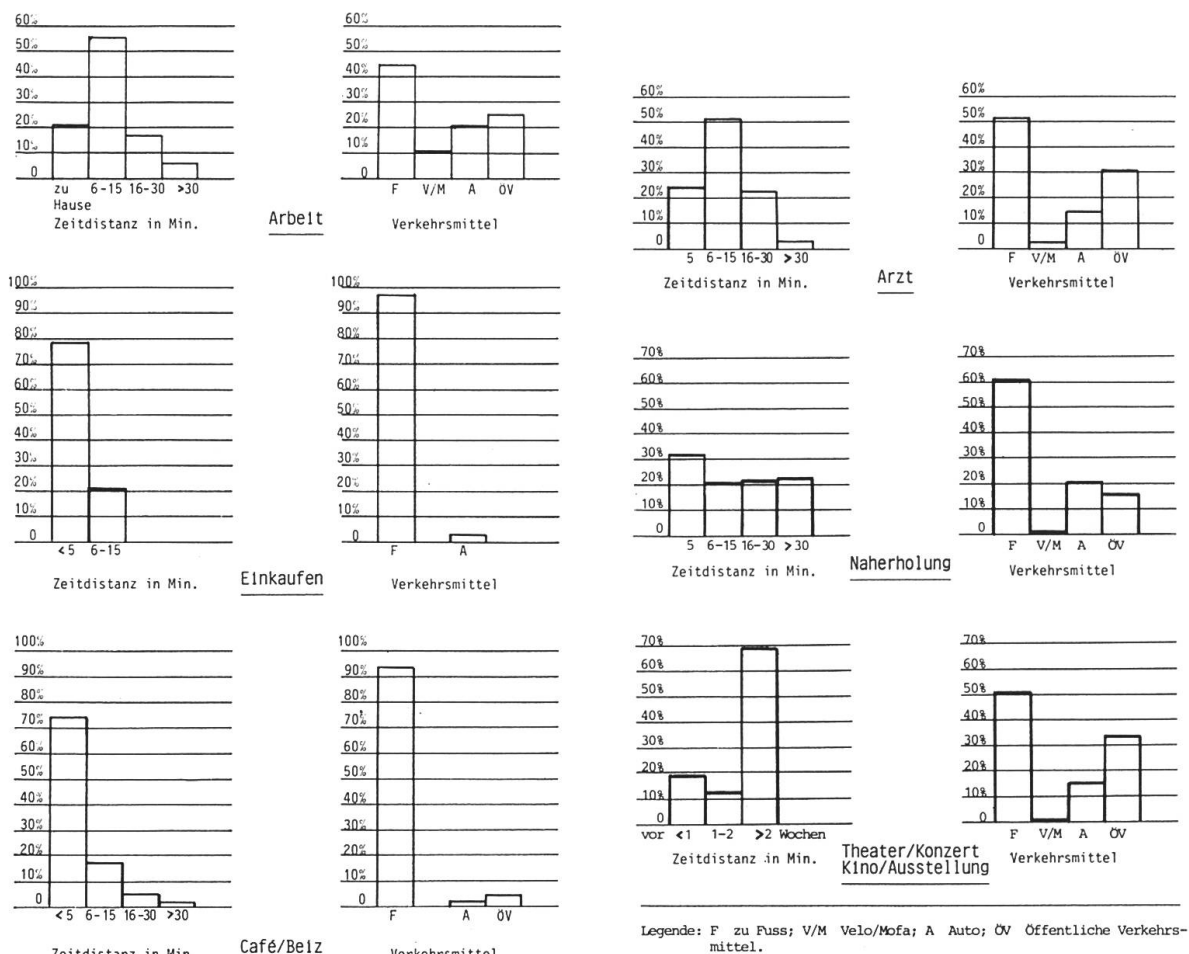


Abb. 2 Aktionsraum. Zeitdistanzen und Verkehrsmittel

gangen wurde. Zum Einkaufen und in die "Stammbeiz" gingen sogar 97% bzw. 94% zu Fuss. Für drei Viertel der Befragten waren diese Örtlichkeiten in weniger als fünf Minuten zu erreichen. Interessant ist ferner, dass ein Fünftel der Berufstätigen ihren Arbeitsplatz zu Hause hatten. Um weiter entfernte Orte aufzusuchen, wurden öffentliche Verkehrsmittel oder das eigene Auto (etwa im Verhältnis 2 : 1) benutzt.

In der Regel wurden Erholungsmöglichkeiten aufgesucht, die in kurzer Zeit bequem zu erreichen waren: Die Hälfte der Befragten suchten für den letzten Spaziergang die *Rheinuferpromenade* auf, 18% die Langen Erlen. 13% der Befragten fuhren zu einem Naherholungsgebiet der engeren Region (Birsfelder Hard, Chrischona, Bruderholz) und 10% zu einem Erholungsgebiet der weiteren Region (Blauen, Dinkelberg, Elsass). Je weiter der Weg zum jeweils aufgesuchten Erholungsgebiet war, umso häufiger wurde das Auto als Verkehrsmittel bevorzugt (insgesamt von 21% der Befragten).

### 324 Verkehr

Bisherige Untersuchungen (IKA 1976, 20, 51, 53) wie auch unsere Kartierung der Verkehrssituation zeigten, dass bei den Umweltbelastungen die Verkehrsimmissionen am stärksten ins Gewicht fallen. Uns interessierte deshalb, inwiefern auch die Quartierbe-

wohner (mit dem eigenen Auto) zu den Verkehrsimmissionen beitragen, wie sie die Massnahmen beurteilen, die zur Zeit der Untersuchung diskutiert wurden (Parking unter dem Kasernenareal, Verkehrsberuhigung im Kleinbasel) und welche Massnahmen ihrer Meinung nach vordringlich zu ergreifen wären.

Die Befragung ergab, dass fast die Hälfte (48%) der Haushalte kein Auto besaßen. 13% der Haushalte verfügten jedoch über einen Zweit- oder sogar Drittwagen (dabei handelte es sich nicht etwa um Geschäftswagen). Wie die Angaben zum Aktionsraum zeigten, benutzten 15 - 20% der Haushalte ihre Autos täglich. Rechnet man diese Angaben hoch<sup>17</sup>, so wären mindestens 300 Privatautos am quartiereigenen *Quellverkehr* beteiligt. Da 87% der Autobesitzer über einen festen Parkplatz (Garage, Einstellhalle) verfügten und 8% angaben, ihren Wagen ausserhalb der Altstadt zu parkieren, dürfte sich der quartiereigene *Suchverkehr* in Grenzen halten.

Die Frage nach einem Parking unter dem Kasernenareal<sup>18</sup> wurde von der Hälfte der befragten Haushalte positiv, wenn auch mit Vorbehalten, und von einem Drittel negativ beantwortet, wobei 18% keine Meinung äusserten. Analysiert man die Gründe, die zur positiven Beurteilung führten, so zeigt sich, dass 80% der Befürworter ihr Ja mit der Bedingung verknüpften, dass nach dem Bau des Parkings die Altstadt autofrei werden müsse. Die Gründe der Befürworter und Gegner liessen sich wie folgt gruppieren:

<i>Gründe der Befürworter</i>		<i>Gründe der Gegner</i>	
Autofreie Innerstadt	31%	Bringt mehr Verkehr	48%
Autos weg von Quartierstr.	20%	Bessere Alternativen	24%
Suchverkehr entfällt	6%	Kein Bedarf	14%
Reserv. Parkpl. f. Anwohner	10%	Andere Gründe	14%
Zu wenig Parkplätze	21%		<hr/>
Geschäftsfördernd	6%		100%
Andere Gründe	6%		
	<hr/>		
	100%		

Auch aus der Beantwortung der Kontrollfrage, ob man selbst einen Parkplatz mieten würde, geht hervor, dass es der Mehrheit der befragten Haushalte weniger um einen Parkplatz für den eigenen Wagen ging (87% der Autobesitzer verfügten bereits über einen reservierten Parkplatz), als um die Reduktion des Zielverkehrs. Bemerkenswert ist, dass die Mehrheit der Befürworter den unerwünschten Autoverkehr nicht einfach nach dem St. Florians-Prinzip in die Nachbarquartiere verdrängen, aber auch keinen zusätzlichen Parkraum schaffen wollte.

Der eindeutige Wunsch der Bewohner nach einer Reduktion des quartierfremden Autoverkehrs und einer Ausdehnung der Fussgängerbereiche geht auch aus der Beantwortung der Frage hervor, was möglichst rasch geändert werden müsse. Etwa ein Drittel der Befragten vertrat die Ansicht, dass eine Ausdehnung der Fussgängerzone zu einer Attraktivitätssteigerung der Altstadt führe. Eine schnellere Kursfolge von Tram und Bus sowie eine stärkere Durchlässigkeit für das unmotorisierte Zweirad (Velowege) könnte ihres Erachtens eine allfällige Verkehrszunahme auffangen.

Die berechtigten Anliegen der Bewohner und der bestehenden Geschäfte verlangen eine

differenzierte Beurteilung und Lösung der anstehenden Verkehrsprobleme. Eine "einfache" Lösung, die sogenannte "mutige politische Entscheidung" erfordert, dürfte es, gerade auch im Interesse der betroffenen Anwohner, nicht geben.

### 325 Bewertung der Wohnsituation

Um abschätzen zu können, wie die Bewohner ihre Wohnsituation beurteilen, sollte ein Polaritätsprofil (semantisches Differential) erstellt werden. Dazu wurde den Befragten eine Liste mit acht begrifflichen Gegensatzpaaren vorgelegt (Polarität, z.B. sonnig — schattig), die sie anhand einer Skala (z.B. von sehr sonnig bis sehr schattig) zu beurteilen hatten<sup>19</sup>. Die Antworten sind im Profil der Abb. 3 dargestellt.

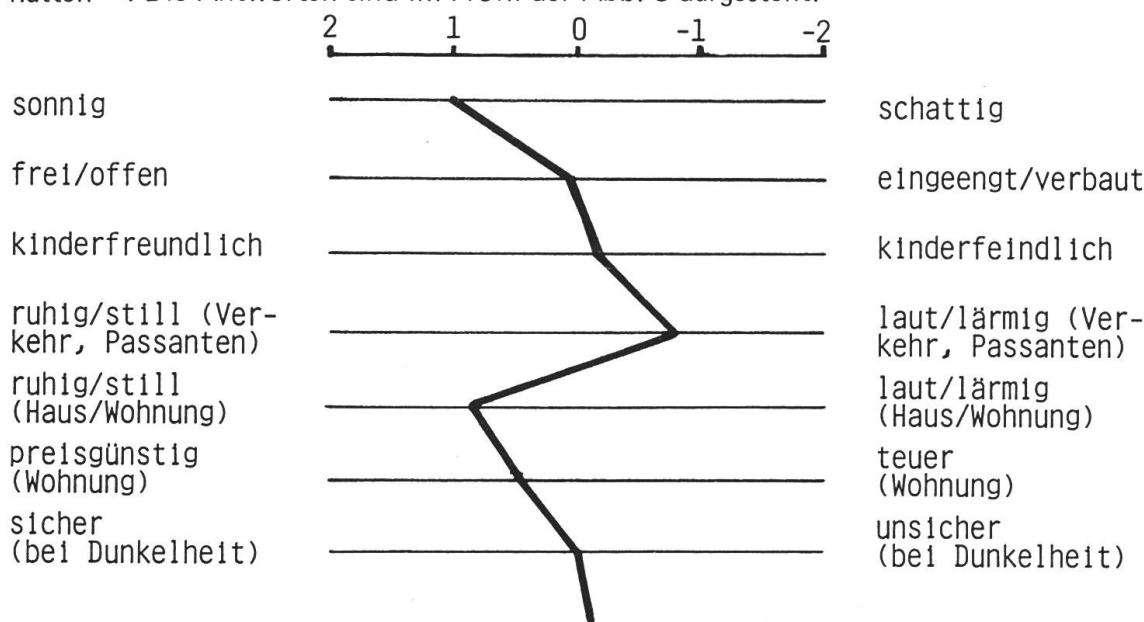


Abb. 3 Bewertung der Wohnsituation (Polaritätsprofil)

Die Ergebnisse bestätigen die bisherigen Befunde: Der Lärm, verursacht durch Verkehr und Passanten, wird eindeutig als Belästigung empfunden. Demgegenüber wird die Ruhe der Wohnung bzw. des Hauses umso mehr geschätzt. Die Wohnsituation wird zudem als ziemlich sonnig (!) und, was die Mieten anbetrifft, als relativ preisgünstig beurteilt. Dass die Wohnsituation nicht als besonders kinderfeindlich eingestuft wurde, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in der Stichprobe Haushalte mit kleineren Kindern kaum vertreten sind.

Auf die Anschlussfrage, was die Befragten an der Kleinbasler Altstadt besonders schätzen, wurden "zentrale Lage" (30%), "spezielle Ambiance" (24%) und, v.a. von Bewohnern des Oberen Rheinwegs, "gute Wohnqualität" (14%) am häufigsten genannt. Nach den störenden Eigenschaften befragt, erwähnten wiederum viele den Verkehrslärm (46%) bzw. den allnächtlichen Milieulärm.

Obschon sich die Mehrheit der Befragten über die grosse Lärmbelästigung beklagte, hatte sich nur ein Drittel (35%) mit einem Politiker in Verbindung gesetzt bzw. ihr Anliegen in einer politischen Vereinigung (Partei, Bürgerinitiative, u.ä.) zur Sprache gebracht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass kaum die Hälfte der Befragten glaubte, die Gestaltung ihres Quartiers aktiv beeinflussen zu können.

#### 4 Das Kasernenareal als Chance

Im Hinblick auf die bevorstehende *Abstimmung zur künftigen Gestaltung und Nutzung des Kasernenareals* (vgl. Kap. 11) dürften die Ergebnisse einer Teilstudie unseres Praktikums interessieren, in der die Studenten M. Dipner, C. Messer und F. Rossé die Einzugsbereiche nicht-kommerzieller Nutzungen und in einer repräsentativen Umfrage die Meinung der Anwohner ermittelten.

Die Studie hatte von folgenden Voraussetzungen auszugehen: Seit Ende 1966 der Waffenplatz Basel aufgehoben wurde, sind drei Initiativen sowie eine Petition zur Nutzung des Kasernenareals eingereicht und ein öffentlicher Ideenwettbewerb durchgeführt worden. Die Arealfläche von 21 700 m<sup>2</sup> befindet sich im Besitz der öffentlichen Hand (vgl. Abb. 1 und Abb. 4). Die Gebäude und Freiflächen werden heute durch Private, Schulen, Vereine und Genossenschaften, öffentliche Institutionen und öffentliche Verwaltung genutzt. Bei der Nutzung der Gebäude sind verschiedene Begehren von Anwohnern, die sich in der Interessengemeinschaft Kasernenareal (IKA) zusammengeschlossen haben, berücksichtigt worden. 1980 legte eine Projektgruppe der kantonalen Verwaltung ein "Gesamtkonzept Kasernenareal" vor. Es diente als Grundlage für die Empfehlung des Regierungsrates an den Grossen Rat für Nichteintreten auf alle drei Initiativbegehren (Bericht des Regierungsrates 7738 vom 18.2.1983).

Die Praktikumssteilnehmer stellten fest, dass die Projektgruppe zwar Hearings mit den Initiantengruppen und Quartiervereinigungen durchführte, von einer Umfrage bei "nicht-organisierten" Anwohnern aber abgesehen hatte. Die drei Praktikumssteilnehmer suchten die in der Bestandesaufnahme festgestellte Lücke durch eine repräsentative Umfrage bei den Anwohnern zu schliessen. Sie gingen dabei von der Hypothese aus, dass bei der künftigen Gestaltung und Nutzung des Kasernenareals in erster Linie die Bedürfnisse der Bevölkerung in den angrenzenden Quartieren Altstadt Kleinbasel, Clara und Matthäus zu berücksichtigen seien. Deshalb schien es auch zweckmässig, zu untersuchen, wie häufig und durch wen die auf Initiative der Anwohner bereits geschaffenen Einrichtungen benutzt wurden. Da das Geländepraktikum zur Ferienzeit stattfand, waren einige der Einrichtungen geschlossen, so dass die Erhebung unvollständig blieb.

Die Auswertung der Benützerkartei der *GGG-Bibliothek* zeigte eine rege Benützung und einen recht weiten Einzugsbereich. 40% der Benützer kamen aus den angrenzenden Wohnquartieren, 34% aus dem übrigen Kleinbasel, 13% aus Grossbasel, und 14% waren ausserkantonale Benützer.

Der Einzugsbereich der *Kulturwerkstatt* wie auch des *Café Schlappe* umfasst das ganze Stadtgebiet. Dies trifft während der Ferienzeit ("Ferienpass") auch für den *Bastelraum* und den *Spielestrich* zu. Während der Schulzeit benützen vorwiegend Kinder aus den umliegenden Quartieren die Spielmöglichkeiten. Nach mündlicher Auskunft der Betreuerin würden täglich etwa 20 Kinder zum Spielen kommen.

Die Erhebungen bei fünf von insgesamt zehn sozialen und kulturellen Einrichtungen zeigten somit eine rege Benützung und einen Einzugsbereich der meist weit über die Nachbarschaft ausstrahlt. Dies dürfte zeigen, dass die betreffenden Einrichtungen einem tatsächlichen Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen.

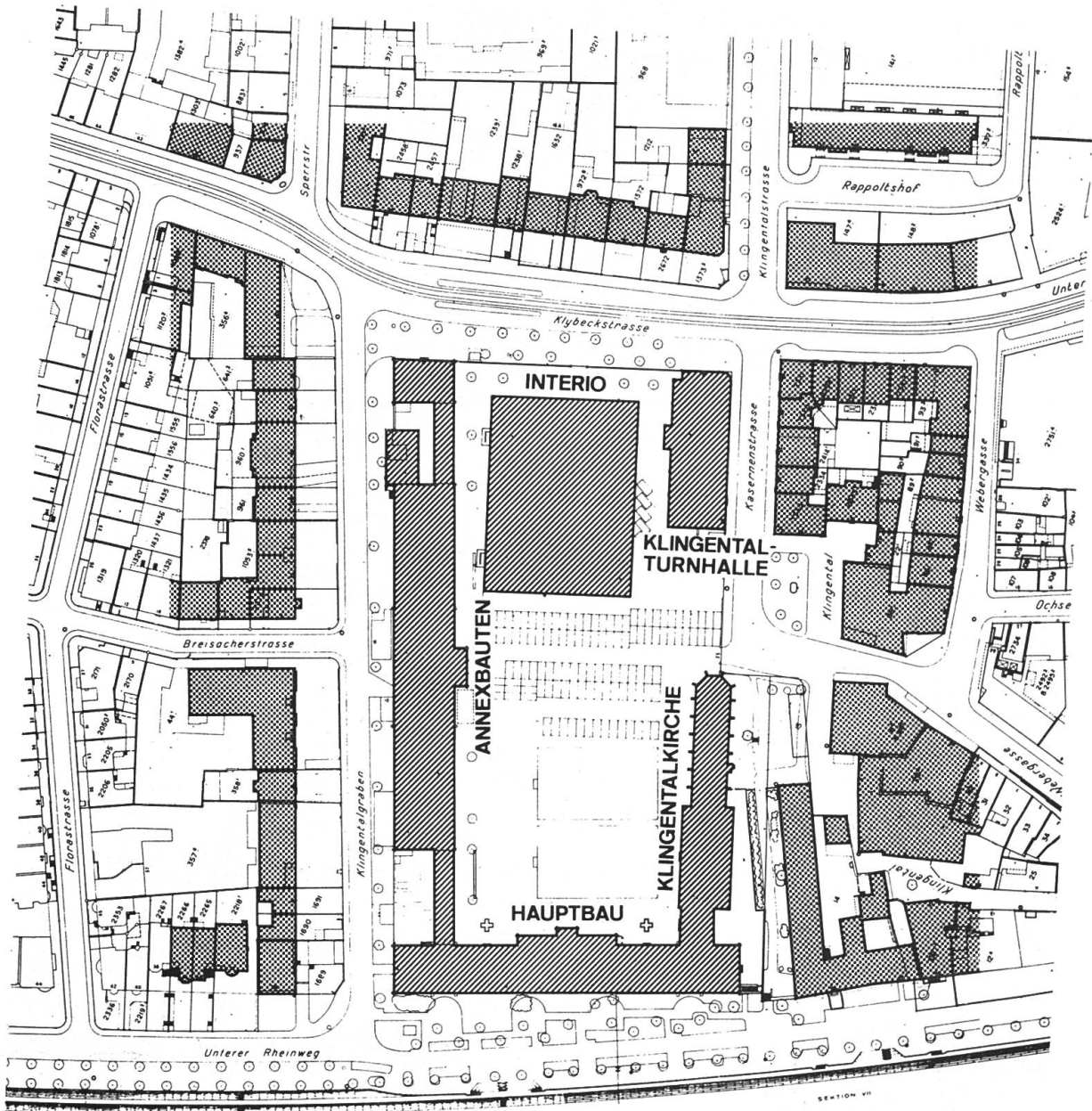


Abb. 4 Kasernenareal: Städtebauliche Situation (aus: Bericht des Regierungsrates Nr. 7738)

Die Umfrage wurde von der studentischen Arbeitsgruppe in drei konzentrischen Zonen durchgeführt: auf dem Kasernenareal (Nutzer), in den an das Areal angrenzenden Baublöcken (engere Anwohner) und in einer äusseren Zone, begrenzt durch Feldbergstr., Hammerstr. und Clarastr. bzw. Greifengasse (weitere Anwohner). Insgesamt wurden 50 auswertbare Interviews durchgeführt.

Mit der Umfrage sollte ermittelt werden, wie Nutzer und Anwohner die drei Initiativen und das Gesamtkonzept der kantonalen Verwaltung beurteilten. Die wichtigsten Anliegen dieser vier Vorschläge sind:

Initiative 1: Oberirdischer Park und unterirdischer Parking.

Gebäude: Nur Klosterkirche (Denkmalschutz).

Initiative 2: Volkspark und Quartierzentrum ohne Parking.

Gebäude: Klosterkirche und Kaserne zu erhalten, übrige Gebäude evtl. abreißen, nur 15% der Fläche zu überbauen.

Initiative 3: Quartierfreundliches Kasernenareal ohne Parking.

Gebäude: Klosterkirche müsste, übrige Gebäude (ausser Interio) könnten erhalten bleiben, höchstens 25% der Fläche zu überbauen.

Gesamtkonzept: Nutzungsmischung, Randbebauung, unterirdisches Parking.

Gebäude: Abbruch von Interio und Turnhalle. Neue Randbebauung (für Wohnungen, öffentliche und private Dienstleistungen, Café und Ladengruppe: 8000 m<sup>2</sup>), Entscheid über Abbruch von Kaserne und Annexbauten für 10 Jahre aufschieben.

Wie die Ergebnisse der Umfrage zeigen (vgl. Abb. 5), wird von Nutzern wie Anwohnern eine *Randbebauung* der totalen Freifläche vorgezogen (Punkt 11). Um zu erfahren, welche Art von Randbebauung gemeint war, wurde den Befragten ein Blatt überreicht, auf dem drei Möglichkeiten aufgezeichnet waren (vgl. Abb. 6). Die Antworten zeigen, dass eine umfangreiche Randbebauung gewünscht wird (Varianten B, C, D; D entspricht der heutigen Bebauung ohne Interio, gemäss Abb. 4). Im Vordergrund standen die Erhaltung des Hauptgebäudes am Rheinweg und der Nebengebäude am Klingentalgraben sowie eine massvolle Eingliederung von Neubauten anstelle von Interio und alter Turnhalle.

Folgende *Nutzungen* wurden am häufigsten genannt: Café (im Zusammenhang mit dem Park oft als Bedingung genannt), Park, Treffpunkte, kulturelle und soziale Einrichtungen. Ferner wurden genannt: Wohnnutzung (aber nur unter der Bedingung preisgünstiger Mieten), Alters- und Pflegeheim, Kleingewerbe und Kunsthandwerk sowie Sportflächen in Zusammenhang mit einem Kinderspielplatz.

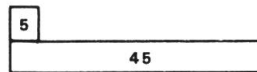
Der Bau der *Tiefgarage* wurde mehrheitlich *abgelehnt*. Wie schon bei der Umfrage in der Kleinbasler Altstadt wurden viele Ja-Stimmen mit der Bedingung verknüpft, dass anschliessend eine entsprechende Zahl von oberirdischen Parkplätzen aufzuheben sei.

Eine Differenzierung der Antworten in "Distanzgruppen" ergab, dass

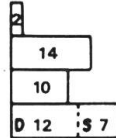
1. die Nutzer des Kasernenareals zur heutigen Variante ohne Interio neigten, während
2. die Befragten in der äusseren Zone Variante B mit einer Verbindung von Rheinpromenade und Park bevorzugten;

### 1. Ueberbauung

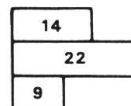
1.1. Freilassen  
Randbebauung



1.2. Variante A  
Variante B  
Variante C  
Variante D/Sonstiges



1.3. stehen lassen  
teilweise stehen lassen  
Neubauten



### 2. Nutzung

JA NEIN

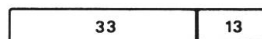
Wohnungen



Detailhandel



Restaurant/Café



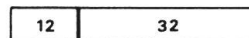
Alters-/Pflegeheim



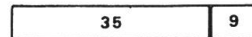
Sportflächen



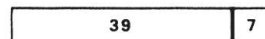
Gewerbe



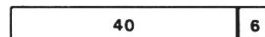
Treffpunkte



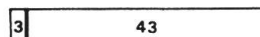
Kulturelle Einrichtungen



Soziale Einrichtungen



Hotel



Grünfläche/öffentl. Park



### 3. Unterirdisches Parking

Fragebogen Kaserne



Abb. 5 Umfrage Kasernenareal: Ergebnisse

3. wurde das Parking von den Nutzern und den Bewohnern der äusseren Zone abgelehnt, von den Anwohnern aber befürwortet.

Eine altersspezifische Differenzierung der Antworten ergab, dass

1. die bis 40-jährigen eine Neubebauung ablehnten und Freiräume für die Kinder forderten, während
2. die über 65-jährigen die Erhaltung der bestehenden Gebäude mehrheitlich ablehnten und
3. das Parking vor allem von den bis 40-jährigen abgelehnt wurde.

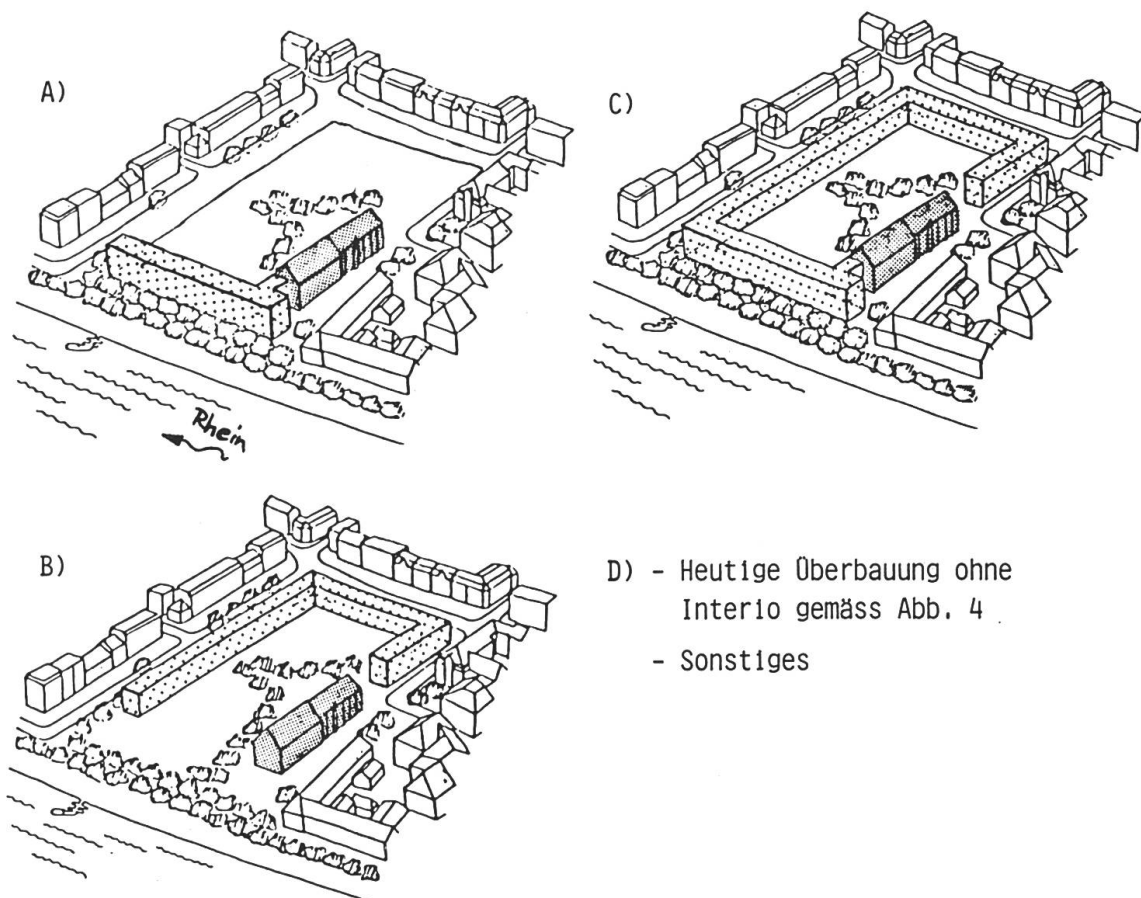
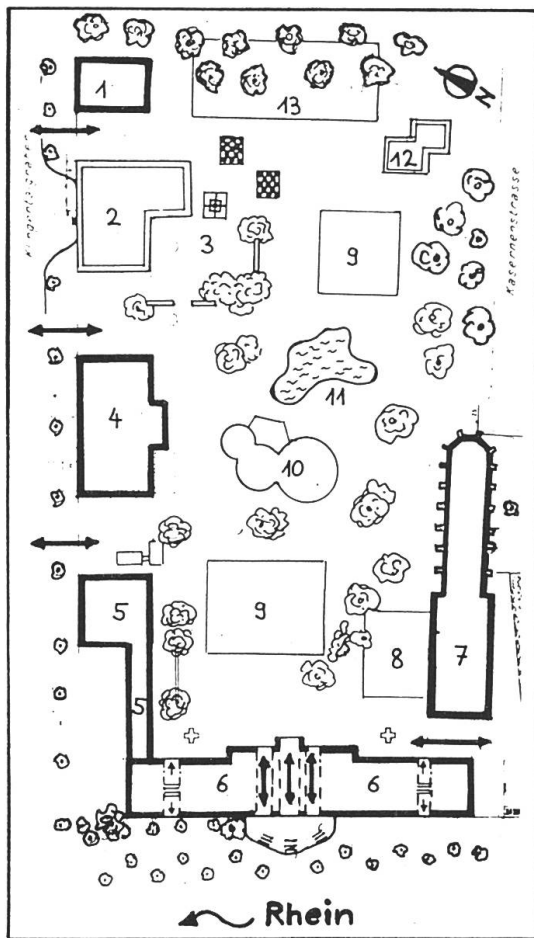


Abb. 6 Umfrage Kasernenareal: Bebauungsalternativen

Aus den Umfrageergebnissen können nach Dipner, Messer und Rossé die nachstehenden *Schlussfolgerungen* gezogen werden:

1. Initiative 1 entspricht weder bezüglich der oberirdischen Nutzung (ausschliesslich Park) noch bezüglich des unterirdischen Parkings den Vorstellungen der (meisten) Anwohner.
2. Initiative 2 weist eine zu tiefe bauliche Ausnutzung (15%) aus, welche die gewünschte Randbebauung nicht zulässt.
3. Initiative 3 entspricht bezüglich Bebauung und Nutzung am ehesten den Wünschen der Anwohner und Nutzer.
4. Gesamtkonzept (Vorschlag der Regierung). Enthält zu viele Nutzungen, die zwar Einnahmen erbringen, aber nicht den Wünschen der Anwohner entsprechen (Läden, Wohnungen, private Dienstleistungen u.ä.). Dies gilt auch für die Tiefgarage.  
Nach Meinung der Autoren zeigt gerade diese Diskrepanz, dass auch nicht-organisierte Bürger in den Planungsprozess einzubeziehen sind, um Fehlplanungen zu vermeiden.
5. Heutige Nutzung. Sie entspricht (mit Ausnahme des Interios) den Vorstellungen von Nutzern und Anwohnern, worauf auch die rege Benutzung schliessen lässt. Eine Weiterführung dieser Nutzungen ist sinnvoll.



Legende:

- neu zu schaffende Durchgänge
- bestehende Gebäude
- Bäume, Bepflanzungen
- 1 Bibliothek GGG und Lesesaal
- 2 Altersheim
- 3 Park fürs Altersheim
- 4 Reithalle (soziale Einrichtungen)
- 5 Spielestrich und Bastelraum
- 6 Kasernenbau: Jugendzentrum, Kleingewerbe, weitere soziale und kulturelle Einrichtungen
- 7 Klingentalkirche mit Künstlerateliers und Ausstellungsräume
- 8 Ausstellungsgelände für Kunstwerke
- 9 Spielbereiche
- 10 Café
- 11 Weiher und Parkgelände
- 12 Informationspavillon
- 13 Flohmarktfläche

Abb. 7 Umfrage Kasernenareal: Vorschlag für die Nutzung (M. Dipner, C. Messer, F. Rossé)

Aufgrund der Bedürfnisse, die von den Bewohnern der angrenzenden Quartiere geäußert wurden, haben die Autoren eine *Nutzungsskizze* erarbeitet (vgl. Abb. 7). Park und Räumlichkeiten müssten als *Begegnungszentrum* gestaltet werden, das den Anliegen der heterogenen Bevölkerung der angrenzenden Quartiere Rechnung trägt. Die Zugänglichkeit wurde als äusserst wichtig erachtet. Deshalb müssten neue Durchgänge geschaffen werden. Das Hauptgebäude der Kaserne sollte vorläufig stehen gelassen werden. Zur Gestaltung wird eine Aufteilung in verschiedene Sektoren vorgeschlagen. Ein erster, ruhiger Sektor, könnte Bibliothek, Lesesaal, Altersheim und soziale Einrichtungen in der Reithalle umfassen. An diesen eher ruhigen Sektor könnte ein Kinderspielareal anschliessen, dass den bestehenden Bastelraum und Teile des Spielestrichs als Zentrum hätte. Eine Vergrößerung im Sinne eines Robinsonspielplatzes wäre wünschenswert. Das Hauptgebäude der Kaserne könnte als dritter Sektor Klein- und Kunstgewerbe sowie ein Jugendzentrum aufnehmen. Die Fortführung des Café Schlappe im Jugendzentrum wird als wünschenswert erachtet. Weitere Nutzungsmöglichkeiten, wie Frauenzentrum, Beratungsstellen, Säle für Veranstaltungen etc., wären denkbar. In der Klingentalkirche (vierter Sektor) sollten die Künstlerateliers beibehalten werden. Mit Ausstellungsmöglichkeiten in Kirche und Park könnte dieser kulturelle Sektor vermehrt gemeinschaftsbildend wirken.

## 5 Zusammenfassung

Im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung zur künftigen Gestaltung und Nutzung des Kasernenareals dürften die Ergebnisse des Geländepraktikums von Interesse sein, das wir im Juli 1982 zum Thema Stadterneuerung und Lebensqualität in der Kleinbasler Altstadt durchgeführt haben.

Wie die Untersuchung der lebensräumlichen Situation (Kap. 2) gezeigt hat, wirkt sich die Expansion der City (aber auch des Milieus) auf die Wohnqualität negativ aus (fehlende Freiräume, Lärm). In den letzten fünf Jahren hat denn auch die Kleinbasler Altstadt 40% ihrer Bevölkerung verloren. Andererseits bietet das breit gefächerte Versorgungsangebot den Bewohnern die Möglichkeit, den Alltagsbedarf auf kleinstem Raum zu decken. Dies wird von den Bewohnern auch geschätzt, wie eine repräsentative Umfrage zeigte (Kap. 3). Andererseits wird der verkehrs- und milieubedingte Lärm oft als untragbar erachtet. Nach Meinung der meisten Befragten sollte zumindest der quartierfremde Zielverkehr eingedämmt werden.

Wie eine Teilstudie von Praktikumsteilnehmern zeigte (Kap. 4), bietet das Kasernenareal die Chance, gewisse Mängel im Wohnumfeld der angrenzenden Quartiere Altstadt, Clara und Matthäus zu kompensieren. Bei der Neugestaltung des Kasernenareals müsste allerdings den Bedürfnissen der Quartierbewohner erste Priorität eingeräumt werden. Wie die Erhebungen zum Einzugsbereich nichtkommerzieller Nutzungen sowie eine repräsentative Umfrage bei den Anwohnern zeigten, entspricht von den bisherigen Nutzungsvorschlägen (drei Initiativen, eine Petition sowie ein Ideenwettbewerb und ein Gesamtkonzept der kantonalen Verwaltung) am ehesten die dritte Initiative den Vorstellungen der Quartierbewohner.

### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Solche Projektkurse gelten heute als didaktisches Konzept, das passives Lernverhalten abzubauen und aktiv-kritisches Auseinandersetzen mit wissenschaftlichen Lerninhalten zu fördern vermag. Zum "Basler Konzept" vgl. *Kessler/Vettiger* 1982 und *Lötscher* 1980, 1983.
- <sup>2</sup> Da es die Absicht der Basler Regierung ist, die drei hängigen Initiativen gleichzeitig zur Abstimmung zu bringen (vgl. den Bericht des Regierungsrates 7738 vom 18.2.1983), könnten unsere Befunde den Stimmbürgern bei dieser komplexen Vorlage als Entscheidungshilfe dienen.
- <sup>3</sup> Aus abbildungstechnischen Gründen war es leider nicht möglich, diese Information der in Abb. 1 dargestellten Karte zu überlagern.  
Für die Grundbesitzerhebung standen uns Unterlagen der Kantonalen Gebäudeversicherung zur Verfügung, deren Direktion für diese Hilfestellung auch an dieser Stelle gedankt sei.
- <sup>4</sup> Auf die Abbildung weiterer Karten musste aus Kostengründen verzichtet werden. Die farbigen Originalkarten sind im Geographischen Institut archiviert und können dort eingesehen werden.
- <sup>5</sup> Es wurden auch einige leerstehende, ehemals bewohnte Gebäude kartiert. Das wohl "prominenteste" steht (zugemauert) am Oberen Rheinweg und wird nicht nur von Anwohnern als Schandfleck empfunden.
- <sup>6</sup> 1975 wurde die Zahl der zweckentfremdeten Wohnungen auf 260 geschätzt (Bericht des Regierungsrates 7179, 13.11.1975).
- <sup>7</sup> Die Wohndichte ist auf die Fläche bezogen, die nach dem Zonenplan das Wohnen zulässt. Sie beträgt 21,15 ha.

- 8 IKA 1976, 20, 53; Löttscher/Jenzer 1981, 87. Die statistischen Angaben sind dem Basler Zahlen-  
spiegel 3/1983 und dem Statistischen Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1980/81 entnommen.
- 9 Der Ausländeranteil (ohne Saisoniers) betrug 1980 17,0%, 1981 18,3% und 1982 19,7%. Abge-  
sehen von sozialen Spannungen, die auf die in kurzer Zeit vollzogene Umschichtung Schweizer-  
Ausländer zurückgeführt werden, ergeben sich auch schulische Probleme. Während die Zahl der  
Schweizer Kinder abnimmt, steigt die Zahl der (fremdsprachigen) Ausländerkinder.
- 10 Die Aussagen sollten mit 95% Sicherheit, d.h. einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% getroffen  
werden. Der Vertrauensbereich sollte in der Grundgesamtheit höchstens um  $\pm 4\%$  schwanken.
- 11 Die Ausfallquote von rund 30% blieb im Rahmen der für Städte üblichen Werte. Dabei gilt es zu  
berücksichtigen, dass kaum Verweigerungen auftraten (4%, meist aus Altersgründen). Die meisten  
Ausfälle ergaben sich, weil die zu befragenden Haushalte wohl als Folge der Sommerferienzeit  
nicht zu erreichen waren. Überraschenderweise waren Familien mit Kindern aber nicht unter-  
vertreten. Die Interviewdauer betrug durchschnittlich 20 Minuten.
- 12 Dies ist auf Sprachschwierigkeiten zurückzuführen. Die Praktikumssteilnehmer führten Interviews  
in italienischer, französischer und spanischer Sprache durch, konnten sich aber weder auf Serbo-  
kroatisch noch Türkisch verständlich machen.
- 13 Herrn E. Perret (ZED) sei für seine Unterstützung auch an dieser Stelle bestens gedankt. Die Daten-  
eingabe und die Auswertung der Ergebnisse besorgte der Praktikumssteilnehmer D. Lerch.
- 14 8% der Befragten konnten oder wollten ihr Einkommen nicht nennen.
- 15 Der geringe statistische Zusammenhang ist vermutlich auf ungünstig gewählte Grenzen bei den  
Einkommensklassen zurückzuführen.  
Es wurde nach dem ausgeübten, nicht dem gelernten Beruf und nötigenfalls nach der Stellung im  
Beruf gefragt.  
Rentner wurden entsprechend ihrer früheren beruflichen Tätigkeit eingestuft.
- 16 Auf die Darstellung des Tätigkeitsbereichs "Schulbesuch" wurde verzichtet, da sich die Angaben  
auf fünf schulpflichtige Kinder beschränkten. Ihren Schulweg legten sie zu Fuss zurück. Sie be-  
nötigten dazu weniger als 15 Minuten.
- 17 Unter Berücksichtigung einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% und einem Vertrauensbereich in  
der Grundgesamtheit (1565 Haushalte) von  $\pm 4\%$ .
- 18 Da es sich um eine der wichtigsten Fragen handelte, sei sie hier im Wortlaut wiedergegeben:  
"Kürzlich wurde in einer Abstimmung die "Rosshof-Überbauung" gutgeheissen, mit der unter  
anderem den Bewohnern der Grossbasler Altstadt Parkplätze zur Verfügung gestellt werden sollen.  
Für die Kleinbasler Altstadt besteht ein ähnlicher Vorschlag mit einer Parkgarage unter dem Ka-  
sernenareal. Befürworten Sie eine solche Parkgarage, oder lehnen Sie diese ab? – Warum?  
ja, weil . . .  
nein, weil . . .  
weiss nicht, keine Antwort.
- 19 Die verwendete Liste beansprucht keine Vollständigkeit. Bei der Auswertung wurden lediglich die  
Mittelwerte berechnet. Für eine eingehendere Bedeutungsanalyse des Begriffs Wohnsituation (z.B.  
eine Differenzierung in Altersgruppen, Sozialschicht oder Wohnstandort) war die zur Verfügung  
stehende Datenmenge nicht ausreichend.

## LITERATUR

- Bachmann, R.* Hrsg. (1973): Kennwort Ent-stoh-lo. Was soll mit der Kaserne geschehen. Basel  
Baudepartement, Kt. Basel-Stadt (1980): Kasernenareal Gesamtkonzept. Basel  
*Gallusser, W. A.* (1971): Die Veränderung der Umwelt als aktual-geographisches Problem. Regio  
Basiliensis 12, 1, 174-182

- Hochbauamt, Kt. Basel-Stadt (1982): Erneuerung Kasernenareal, Projektdokumentation, Ausstellung Diplomarbeiten der ETH-Zürich, Architekturabteilung, Wintersemester 81/82. Basel
- Interessengemeinschaft Kasernenareal, IKA (1976): Abklärungen und Vorschläge für die Verbesserung der Wohnlichkeit in den Kleinbasler Quartieren Altstadt, Clara und Matthäus. Ein Bericht an das Stadtplanbüro Basel-Stadt. Basel
- Kessler, H. L. und Vettiger-Gallusser, B.* (1982): Humangeographisches Geländepraktikum in Fanas. Basel
- Lötscher, L.* (1980): Stadtquartier und Wohnsituation. Ein humangeographisches Geländepraktikum in der Stadt Basel. *Regio Basiliensis* 21, 1/2, 92-111
- Lötscher, L.* (1983): Geographische Stadtforschung in Basel. In: *Lötscher, L.* Hrsg. (im Druck): Stadtdynamik in der Schweiz. Basel
- Lötscher, L. und Jenzer, M.* (1981): Wegzug aus Basel – Antwort auf die Wohnsituation? *Schriften des Forschungsinstitutes für Föderalismus und Regionalstrukturen* 6, 53-90
- Nie, N. H. u.a.* (1975): SPSS: Statistical Package for the Social Sciences. New York
- Regierungsrat, Kt. Basel-Stadt (1983): Bericht des Regierungsrates Nr. 7738 zu den drei Initiativbegehren: Ausgestaltung des Kasernenareals als Park und Schaffung einer unterirdischen Autoeinstellhalle, Volkspark und Quartierzentrum – kein Autoparking auf dem Kasernenareal, Für ein quartierfreundliches Kasernenareal. Basel
- Statistisches Amt, Kt. Basel-Stadt (1980/81): Statistisches Jahrbuch. Basel
- Statistisches Amt, Kt. Basel-Stadt (1983): Basler Zahlenspiegel 3. Basel